

1
2 **Antragsteller: Jonathan Morsch**

3
4
5 Gegen jeden Antisemitismus!

6
7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundestag

9
10
11 **Antrag:**

12 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

13 Der Schleswig-Holsteinische Landtag, die Landesregierung, die im Landtag und
14 Bundestag vertretenen Parteien und deren Fraktionen werden aufgefordert, sich da-
15 für einzusetzen, dass Angriffe auf Jüdinnen*Juden auf offener Straße, Hate Speech
16 im Netz, Bedrohungen und Hetze unterbunden werden. Jüdinnen*Juden in Deutsch-
17 land wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude auftreten, mit Kippa das Haus
18 verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist dabei
19 kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in
20 Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemiti-
21 sche Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen
22 den Alltag der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdin-
23 nen*Juden, sondern geht uns alle an.

24
25 **Begründung:**

26 Der zweite Unabhängige Expert*innenkreis Antisemitismus (UEA) des Bundestages
27 veröffentlichte im letzten Jahr seinen Bericht und beschrieb darin realpolitische Hand-
28 lungsaufträge, die es umzusetzen gilt. Auch wenn die Bundesregierung im Septem-
29 ber mit der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA nun immerhin eine ausformu-
30 lierte Vorstellung davon hat, wogegen überhaupt gekämpft werden soll, reicht das
31 noch lange nicht aus.

32 Daher schließen wir uns dem UEA an und fordern die Verstetigung eines unabhängi-
33 gen Expert*innenkreises und die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zur Be-
34 kämpfung von Antisemitismus.

35 Ebenso nötig ist eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Strafta-
36 ten, abseits der polizeilichen „politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken“. Auch
37 muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismuspräven-
38 tion sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.

39 Jede Form des Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden! So treibt
40 auch die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) im ganzen Bundesge-
41 biet ihr Unwesen. Sie ist in ihrer Gesamtheit als antisemitisch, israelfeindlich, reaktio-
42 när und antiaufklärerisch zu bewerten. Die in ihr und durch sie vertretenen Positionen
43 und Forderungen delegitimieren und dämonisieren Israel und weisen damit einseitig
44 Jüdinnen*Juden die Schuld für jegliche Übel in der Region zu. Und dass, obwohl Is-
45 rael dort die einzige rechtsstaatliche Demokratie ist. Zeitgleich werden doppelte
46 Standards an Israel angelegt, wenn zum Beispiel Verbrechen der Hamas ignoriert
47 oder verharmlost werden. Durch die Forderung nach einem Boykott wird außerdem

48 die aus dem Nationalsozialismus bekannte Parole „Kauft nicht bei Juden“ reprodu-
49 ziert.
50 Deshalb positionieren wir uns klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne.
51 Auch eine Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Ebenso lehnen
52 wir eine Unterstützung von Organisationen ab, die sich zur BDS-Kampagne beken-
53 nen, sowie eine (Mit-)Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen
54 vertreten werden. Wir fordern den Schleswig-Holsteinischen Landtag, die Landesre-
55 gierung, den Bundestag, die im Landtag und Bundestag vertretenen Parteien sowie
56 deren Fraktionen auf, sich dieser Position anzuschließen.
57
58 Alles Weitere mündlich.